DER VOLKSWIRT

Der dritte Weg der Päpste

Wie die katholische Soziallehre, so gibt auch Franziskus einige wegweisende Impulse für unsere Wirtschaftsordnung. In manchen Punkten hat er aber blinde Flecken.

Von Hans Frambach

Illustration Peter von Tresckow

Papst Franziskus ist ein mutiger Mann. Es sagt, was er denkt, ist unkonventionell und spricht Dinge aus, die vor ihm kein Papst ausgesprochen hat. In der kürzlich veröffentlichten Umweltenzyklika „Laudato si“ prangert er an: den unverantwortlichen Umgang der Menschen mit der Natur, die Ressourcenverschwendung, die negativen Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung, die Wegwerfkultur der reichen Länder und die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in den armen Ländern. Den Finanzkapitalismus attackiert er ebenso wie einen unreflektierten Technologieglauben oder das immerwährende Streben nach Wirtschaftswachstum.

Ja, die beklagten Zustände gibt es, und der Mensch in seiner Selbstbezogenheit, seinem Anthropozentrismus, ist an allem schuld. Es ist richtig, auf Missstände in der Welt aufmerksam zu machen, die Menschheit wachzurütteln. Darin haben die Päpste durchaus Übung. Als 1891 die erste Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII. veröffentlicht wurde, hatte die westliche Welt bereits weitreichende Erfahrungen mit den positiven und negativen Folgen eines ungehemmten kapitalistischen Wirtschaftssystems gemacht. Die Kirche schlug inmitten der schlimmsten sozialen Spannungen einen an den Prinzipien von Ordnung, Ausgleich und Harmonie orientierten vermittelnden, einen dritten Weg vor.

Die katholische Soziallehre hat die Suche nach ihrem Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus bis zum heutigen Tag fortgesetzt, und das durchaus erfolgreich. Viele ihrer Einflüsse sind aus dem Wirtschaftsalltag nicht wegzudenken. Allen voran das in der zweiten, von Papst Pius XI. im Jahre 1931 veröffentlichten Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ begründete Prinzip der Subsidiarität, das sich selbst in den Maastrichter Verträgen findet und damit einen Grundpfeiler der EU-Politik bildet (oder bilden sollte). Auch haben die Prinzipien von Ordnung und Ausgleich die Vordenker der deutschen Sozialen Marktwirtschaft beeinflusst. Paul VI. macht in „Populorum progressio“ 1967, neben dem Ost-West-, den Nord-Süd-Konflikt zu einem zentralen Thema. Ein sozialer Ausgleich der mit dem Konflikt einhergehenden Verteilungsfrage wird als Voraussetzung für die Stabilität der Weltwirtschaft einschließlich des Weltfriedens erachtet, eine Ansicht, die auch in weiteren Sozialenzykliken wie „Sollicitudo rei socialis“ aus dem Jahr 1987 und Papst Benedikts „Caritas in veritate“ von 2009 vertreten wird.

Nun steht mit der aktuellen Enzyklika die Umwelt im Fokus, von „Öko-Enzyklika“ ist die Rede, und revolutionär sei sie, ist zu lesen. In der Tat, eine Enzyklika mit einer solchen Schwerpunktsetzung auf das Thema Umwelt hat es noch nie gegeben. Vergleicht man die Umweltenzyklika mit den Sozialenzykliken, so sind Parallelen unverkennbar. Auch in „Laudato si“ geht es um Themen wie den Weltfrieden, die ökonomischen Unverhältnismäßigkeiten zwischen Arm und Reich, darum, (wieder) zu begreifen, dass Freiheit mehr ist als Konsumfreiheit, um die Besinnung auf wahre Werte wie die Nächstenliebe und das Gemeinwohl.

Aber reichen moralisierende Appelle, Einzelbeispiele wie das der Förderung kleinbäuerlicher Strukturen in den Entwicklungsländern und der Hinweis darauf, dass „der Erdboden, das Wasser, die Berge – alles eine Liebkosung Gottes“ seien, aus, um den richtigen Weg aus dem Dilemma zu weisen? Die vielfach gescholtenen Ökonomen haben erkannt, dass auf die individuelle Einsicht der Menschen in die Vernunft der Dinge kaum zu zählen ist und akzeptiert werden muss, dass (fast) jeder vor allem an sich selbst denkt.

Es sind die Rahmenbedingungen des Handelns, die gesellschaftlichen Institutionen, die den Menschen vielfältige Freiheiten einräumen, dort aber Grenzen anzeigen, wo die Freiheiten der Mitmenschen, der Gemeinschaft, beeinträchtigt werden. Wenig hilft es, den technischen Fortschritt und das Streben nach Wirtschaftswachstum zu beklagen und dabei das bislang Erreichte zu ignorieren. Viele Menschen – viele hundert Millionen auch in Schwellenländern – können heutzutage ein Leben führen, in dem ein hohes Maß an formeller und materieller Freiheit ein im historischen Vergleich beachtliches Wohlstandsniveau ermöglicht.

Die Wirtschaft trägt nicht die alleinige Schuld an den Problemen dieser Welt und schon gar nicht die Marktwirtschaft, in deren Mittelpunkt der mächtige und bewährte Wirkungsmechanismus der Preise steht. Er aber kann nicht optimal funktionieren, wenn die Informationen, die in die Preise einfließen, unvollständig und verzerrt und die Preise damit nicht die wirklichen Werte widerspiegeln, externe Effekte und soziale Kosten eben nicht berücksichtigt werden. Übermäßige Umweltverschmutzung erscheint dann als Ergebnis nicht in die Kostenrechnungen der Verursacher aufgenommener und somit nicht bepreister Schäden. Unverständlich ist daher, dass Franziskus sich etwa gegen das System eines Emissionszertifikatehandels wehrt, das die Emissionen auf kosteneffiziente Weise drücken kann.

Die armen Länder auf den Lebensstandard der Industriestaaten zu bringen, hält der Papst für verfehlt, für unvereinbar mit dem Schutz unseres Planeten. Diese Übertragung des westlichen Konsum- und „Verschwendungsmodells“ ist (und bleibt) jedoch rein hypothetisch. Noch sind die armen Länder selbst vom untersten Konsumniveau der Industrieländer weit entfernt. Und würden sie die Gelegenheit des ökonomischen Aufstiegs erhalten, wer hätte das Recht, ihnen das Streben nach Mehr zu verwehren? Auch die vom Papst geäußerte Vorstellung, dass sich Wachstum einfach umverteilen ließe – er spricht von einer wünschenswerten „gewissen Rezession“ in einigen Teilen der Welt, damit in anderen „ein gesunder Aufschwung stattfinden kann“ –, wird viele Ökonomen verwundern.

Die dramatischen Signale der Umwelt werden die Menschheit zu einem veränderten Verhalten zwingen, und dies über technischen Fortschritt, ressourcenschonendere Herstellungsprozesse und ein verändertes Konsum- und Umweltbewusstsein. Die wirklichen Werte – in Form einer Vorstellung vom echten Ausmaß an Umweltverschmutzung, übermäßigen Ressourcenverbrauch, Elend der Ärmsten, überzogenen Konsum einiger privilegierter Bevölkerungsgruppen und so weiter – müssen in die Preisbildung einfließen. Das ist alles andere als einfach und wird auch für uns in den reichen Ländern Einschnitte und Lasten durch höhere Preise bedeuten.

Die wohl größte Leistung der Wirtschaftswissenschaft seit über zwei Jahrhunderten ist der Nachweis der Wirksamkeit eines funktionierenden Preissystems, der den Menschen Freiheit und Wohlstand gebracht hat. Natürlich ist auch der Preismechanismus kein vom Himmel gefallener Selbstläufer, er ist nicht frei von Fehlern und bedarf eines wohlüberlegten und -gesetzten Rahmens. Doch ist er allemal besser als jegliche Form von autoritärer Lenkung, die dem Machtmissbrauch Tor und Tür öffnet.

Prof. Dr. Hans Frambach lehrt Volkswirtschaftslehre an der Bergischen Universität Wuppertal. Demnächst erscheint von ihm und Daniel Eissrich das Buch „Der dritte Weg der Päpste“ (UvK Verlag).

Europlatz Frankfurt

Insolvenzgefahr in Griechenland

Von Michael Heise

Nach Abbruch der Verhandlungen durch die griechische Regierung droht in den nächsten Tagen die Insolvenz des Landes. Denn es stehen keine Mittel mehr bereit, um fällige Kredite in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro an den IWF zu tilgen. Auch wenn es von keinem gewollt ist, kann dies einen Prozess einleiten, der rasch zum Ausstieg Griechenlands aus dem Euro führt. Der Ablauf wäre etwa wie folgt: Eine Insolvenz des Staates würde zunächst das griechische Bankensystem in eine schwere Krise stürzen, das beträchtliche Forderungen an den Staat hält. Die EZB dürfte keine Notfallkredite mehr zur Finanzierung der Banken ausreichen. Menschen, die ihre Euro in Sicherheit bringen wollen, stünden vor geschlossenen Bankschaltern. Die griechische Regierung müsste Schuldscheine oder Ähnliches ausgeben, um ihre Angestellten zu bezahlen. Es würde eine Parallelwährung entstehen. Aufhalten ließe sich diese Entwicklung nur durch weitere Überbrückungshilfen der Eurostaaten. Aber das setzte eine politische Einigung voraus, zu der die griechische Regierung offenbar nicht bereit ist.

Fraglich ist auch, was passieren könnte, wenn sich die Wähler Griechenlands am kommenden Sonntag für die geforderten Reformen aussprechen. Denkbar ist ein solches Votum für Steuererhöhungen und Rentenreformen, weil die Angst vor einem Ausstieg aus dem Euro und den damit verbundenen Verlusten an Einkommen und Vermögen größer wird. Aber kann eine Regierung das Land in eine Richtung führen, die sie selbst für völlig falsch hält? Aus unternehmerischer Perspektive ist das abwegig. Eigentlich müsste es dann Neuwahlen geben, die das Land aber weiter in Unruhe halten. Schlimm, dass vor allem die griechische Bevölkerung die Leidtragende der Entwicklung ist.

Griechische Politiker haben es im Wahlkampf gut verstanden, die Menschen von den angeblichen Gefahren der Spar- und Reformpolitik zu überzeugen. In einer Schuldenkrise zu sparen sei unsinnig, weil die Nachfrage darunter leide und ein wirtschaftlicher Kollaps drohe. Mit derartigen Argumenten wird versucht, die Verantwortung für die griechische Krise an die Gläubigerländer weiterzureichen. Das stellt die Dinge auf den Kopf. Es war die Ausgaben- und Schuldenfreizügigkeit des griechischen Staates, die das Land in die Krise geführt hat. Jeder fünfte erwerbstätige Mensch war 2008 beim Staat beschäftigt, die Löhne waren von 1999 bis 2007 um 50 Prozent gestiegen, und sie lagen weit über denen in der Privatwirtschaft. Laut OECD hatte das durchschnittliche Ministerium 439 Abteilungen oder Einheiten und entsprechend viele gut bezahlte Leitungsstellen. Klientelismus und Bürokratie florierten.

Solche Strukturen müssen geändert werden, um das Land wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen. Sparen muss Hand in Hand gehen mit Reformen, die die Effizienz des Staates und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern. Geschehen ist in dieser Hinsicht bislang wenig, und so haben auch die harten Einschnitte bislang keine Gesundung der Wirtschaft bewirkt.

Der Verfasser ist Chefvolkswirt der Allianz.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Einkommen aus Pfand

Der Flaschensammler als Berufsbild?

Das Thema ist nicht neu: Seit Jahren berichten launige bis betroffene Sozialreportagen über die Zunahme von Flaschensammlern in deutschen Großstädten. Die ökologische Hilfsarmee scheint inzwischen gesellschaftlich akzeptiert. Um würdeloses Wühlen im Abfall zu ersparen, ist es längst gängig, Pfandflaschen neben die Mülleimer zu stellen oder größere Mengen von Leergut online unter www.pfandgeben.de zum Abholen anzubieten. Ratschläge im Internet, wie sich aus dem Sammeln ein einträglicher Nebenverdienst machen lässt, weisen auf eine wachsende Professionalisierung dieser Aktivität hin.

Die vielfältige Diskussion in der Öffentlichkeit hat die Sozialwissenschaftler nicht ruhen lassen. Seitdem Ulrich Bröckling 2009 in den „Schweizer Monatsheften“ Flaschensammler als „Urban Entrepreneurs“ porträtierte, jagen sich in mehr oder minder teilnehmender Beobachtung Projekte und Untersuchungen zur informellen Ökonomie des Flaschensammelns. In einer von Krisen und Armut gezeichneten Welt gilt sie als Grauzone, die nicht von staatlichen Gesetzen reguliert wird, aber doch Teil der allgemeinen Ökonomie ist.

Hintergrund dieser Schattenwirtschaft sind die neuen Verpackungs- und Pfandgesetze, die seit 2005 Betriebe zwingen, Mehrwegflaschen und mit Pfand belegte Einwegflaschen und Dosen zurückzunehmen. Seitdem hilft das Einsammeln von Leergut auf Straßen, Bahnhöfen und Großveranstaltungen Geringverdienern, ihr Einkommen aufzubessern. Denn am Pfandautomaten sind Flaschenfunde problemlos in bares Geld zu verwandeln. Auch wer täglich auf Tour geht, wird allerdings dabei nicht reich. 100 bis 150 Euro lassen sich monatlich verdienen, schätzt Sebastian Moser. Der Freiburger Soziologe schreibt, dass es Leergutsuchern natürlich vorrangig um das finanzielle Zubrot geht, aber keineswegs nur darum. Eine Rolle beim Sammeln spielten auch der damit verbundene Zeitvertreib, die feste Tagesstruktur und die Sozialkontakte, die an Arbeit erinnern.

Auch Philipp Catterfeld und Alban Knecht sehen einen solchen Nutzen. Ihr soeben erschienenes Buch „Flaschensammeln. Überleben in der Stadt“ ist das Ergebnis eines Seminars an der Münchner Hochschule für angewandte Wissenschaften. Ab Oktober 2013 ließen die beiden Lehrbeauftragten 35 Studierende der Sozialarbeit auf den Straßen der bayrischen Landeshauptstadt zunächst Flaschensammeln im Selbstversuch erproben. Anschließend befragten die Studenten Flaschensammler zu ihren Lebensumständen, Motiven, Routen und Erfahrungen.

Sie sprachen mit Obdachlosen, Rentnern und Immigranten, mit selbstbewussten, schamhaften und obsessiven Flaschensammlern, mit Einzelgängern und ganzen Sammlerfamilien, jungen und alten Menschen, Amateuren und Profis, sporadischen und gewohnheitsmäßigen Sammlern.

Zustande kamen dabei 21 recht unterschiedliche, emphatische Berichte mit viel Lokalkolorit. Dort ist ganz nebenbei zu erfahren, dass Flaschensammler unter dem Münchner Marienplatz wahre Gefechte um ihren Vorrang austragen, Ausländer zunehmend als verhasste Konkurrenz empfinden und ihre Tätigkeit längst nicht nur mit Plastikhandschuhen, Schaufeln und Taschenlampen, sondern auch mit Internetwissen über das Pfandrücknahmegesetz professionalisieren.

Catterfeld und Knecht gewichten die studentischen Texte in einem schmalen Kapitel am Schluss des Buches. Ihre Zusammenschau bestätigt, dass das wenige, aber reale Geld, das sich mit Flaschensammeln verdienen lässt, der Hauptzweck dieser Beschäftigung ist. Flaschensammler sehen aber durchaus, dass ihr Tun auf positive Weise Struktur und Routine in ihren Tagesablauf bringt. Bewusst ist ihnen auch, dass die körperliche Betätigung der Gesundheit nutzt und die permanente Schatzsuche Erfolgserlebnisse sowie Kontakt mit anderen Menschen bringt. In der von einigen Akteuren beteuerten Sorge um Naturschutz, Kinder und Hunde vermuten die Verfasser allerdings eher das Bemühen, Pfandsuche in ein positives Licht zu rücken. Denn auch wenn die Gesellschaft dank ihres gesteigerten Umweltbewusstseins Flaschensammler heute weitgehend akzeptiert - einem Menschen, der am Tag nur zwei, drei oder vier Euro verdient, wird nicht viel Wert beigemessen.

In München agieren vor allem zwei getrennte Gruppen als Flaschensammler – sogenannte Wanderarbeiter, das sind jüngere Immigranten meist ohne Papiere, die vor Ort durch Flaschensammeln mehr verdienen, als sie in ihrer südeuropäischen Heimat mit einer Arbeit erzielen könnten; und die Aufstocker, von Armut betroffene Deutsche meist im Rentenalter, die ihre finanzielle Situation aufbessern müssen, aber den Gang zum Sozialamt scheuen.

Kurios ist die These, wann in München das Flaschensammeln sichtbar einsetzte. Katalysator soll die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 mit ihren Großbildschirmen im öffentlichen Raum gewesen sein. Seitdem werde nämlich auch in der Stadt der Brauereien und Biergärten statt der frisch gezapften Maß nunmehr Bier aus der Flasche getrunken. Und das auf der Straße, an der Isar, im Englischen Garten und überall sonst. Nur so habe in München Flaschensammeln zum Volkssport bei Geringverdienern werden können.

Wie lange das so bleibt, ist eine andere Sache. Die Münchner Untersuchung lässt außen vor, was sich Hamburgs Stadtreinigung für mehr Sauberkeit in der City hat einfallen lassen: Zwischen Gänsemarkt und Langer Reihe wurden zahlreiche Hightech-Mülleimer aufgestellt, die mit einer solarbetriebenen Presse den Abfall im Inneren pressen und über Mobilfunk melden, wenn sie geleert werden müssen. Was in die Mülleimer hineingeworfen wird, verschwindet über eine Klappe, die suchende Griffe verhindert. Die neuen Mülleimer haben offenbar innerhalb kürzester Zeit alle Pfandgutsammler aus der Innenstadt verscheucht. ULLA FÖLSING

Philipp Catterfeld, Alban Knecht (Hrsg.): Flaschensammeln. Überleben in der Stadt. UVK Verlagsgesellschaft Konstanz. München 2015. 183 Seiten. 24,99 Euro

Der „Big Data“-Ökonom

Raj Chetty wühlt sich durch Berge von Statistiken – und spürt damit manch paradoxe Folge politischer Eingriffe auf

DIE SPITZENFORSCHER (23)

Raj Chetty ist einer der jüngsten Harvard-Professoren seit langem. Er forscht zu Steuer-, Bildungs- und Sozialfragen. Foto Ifo-Institut

Eine solche akademische Blitzkarriere hat kaum ein Volkswirt vorzuweisen: Raj Chetty, geboren 1979 in Neu-Delhi und als Junge mit seinen Eltern nach Amerika gezogen, wurde im Alter von 23 Jahren Assistenzprofessor in Berkeley und hat mit 29 Jahren eine feste Harvard-Professur ergattert. So jung ist schon seit langer Zeit niemand Lehrstuhlinhaber an der Harvard-Universität geworden. Der jugendlich wirkende Ökonom berät den amerikanischen Kongress in Fragen der Steuerpolitik. Mit mehr als einem Dutzend Preisen wurde er ausgezeichnet. Am wichtigsten ist dabei die John-Bates-Clark-Medaille der American Economic Association, der „kleine Nobelpreis“ für Ökonomen unter 40 Jahren. Und doch ist Chetty, der derzeit Gastforscher am Ifo-Institut in München ist, keineswegs abgehoben, sondern bescheiden, freundlich und zugänglich geblieben.

Chettys Spezialität ist die Auswertung von „Big Data“, also gewaltigen Bergen von statistischen Informationen mit mehreren Millionen Datensätzen. Diese nutzt er, um alte Fragen neu zu beleuchten. So gelang ihm beispielsweise ein spektakulärer Nachweis, dass die enormen Summen, mit denen die Staaten die private Ersparnisbildung fürs Alter fördern (in Amerika angeblich mit 100 Milliarden Dollar jährlich), wohl weitgehend nutzlose Subventionen sind. Dafür untersuchte Chetty mit Kollegen einen großen Datensatz aus Dänemark. Der zeigte, wie die Bürger auf eine Kürzung der Zuschüsse fürs Sparen bei Besserverdienenden reagierten. Auf den ersten Blick fanden sie (wie zu erwarten) eine Senkung der Ersparnis. Auf den zweiten Blick zeigte sich aber, dass nur eine Minderheit weniger fürs Alter sparte, 80 Prozent dagegen ihre Ersparnis nicht reduzierten. Und dann entdeckte Chetty noch, dass die Dänen zwar wegen der Subventionskürzung weniger auf Rentenkonten sparten, aber dafür an anderer Stelle mehr Vermögen aufbauten.

Chettys Fazit: Die Subventionen sind weitgehend vergeudetes Geld. „Ein Dollar staatlicher Rentensparzuschuss erhöht die private Ersparnis nur um einen Cent.“ Wenn man das Sparen fürs Alter wirklich und viel günstiger anregen wolle, gebe es andere, bessere Wege. Der einfachste wäre, dass private Rentensparpläne zum Standard erklärt werden (man müsste sich explizit davon abmelden, statt sich dafür wie jetzt explizit anzumelden). Durch die Umkehrung der Standardlösung (default option) kommt man zu ganz anderen Ergebnisse, zeigen Studien von Verhaltensökonomen, die das Bild des „Homo oeconomicus“ anzweifeln. Chetty will sich aus dem aufgeladenen ideologischen Streit heraushalten. Er bezeichnet sich als Pragmatiker. Ihm geht es darum, wie die Politik auf die Verhaltensmuster reagieren soll – allerdings in einer nichtbevormundenden Weise.

In einer anderen Studie haben Chetty und Kollegen die Ergebnisse eines alten Sozialprogramms, des „Moving to Opportunity“-Projekts, noch mal unter die Lupe genommen. Dabei bekamen fast fünftausend Familien in Amerika in den neunziger Jahren in einer Art Gutschein-Lotterie die Chance, aus ihren schlechten Nachbarschaften mit Sozialwohnungsblocks in bessere Viertel zu ziehen. Das sollte die Lebenschancen der Kinder verbessern. Frühere Untersuchungen ergaben aber kaum einen Effekt. Chetty zeigte nun, dass es wohl einen sehr starken Effekt gab – doch nur bei den kleineren Kindern, die weniger als acht Jahre alt waren, als ihre Eltern umzogen, nicht bei den Älteren, die sich nach dem Umzug teils schlecht eingewöhnen konnten.

Die Chancen der besser formbaren Jüngeren auf einen guten Schulabschluss und auf den Universitätsbesuch stiegen deutlich, wenn sie in einer besseren Umgebung aufwuchsen. Chetty hat berechnet, dass diese Kinder durch den Umzug über ihr Leben hinweg 100 000 Dollar mehr Einkommen erzielten. Die Studie zeigt, wie verkehrt die Sozialpolitik ist, die arme Familien konzentriert in Sozialbauten und Problemvierteln ansiedelt. Zudem untersuchte Chetty, was für einen riesigen Unterschied ein sehr guter Lehrer für die Karrieren der Schüler ausmacht: Ihre Testergebnisse wurden viel besser, ihr Lebenseinkommen konnte um 80 000 Dollar (Gegenwartswert 14 500 Dollar) steigen.

Weiter hat Chetty sich angeschaut, wie Menschen auf steuerliche Anreize reagieren. Die Ergebnisse sind verblüffend stark. Chetty zeigte mit einer gewaltigen Datenanalyse, dass der Einkommenszuschuss (durch den „earned income tax credit“, eine Art negative Einkommensteuer) viele Bürger dazu verleitet, genau so viel Einkommen anzugeben und anzustreben, dass sie den Steuerbonus maximieren. Die Schwelle liegt in den Vereinigten Staaten bei 12 600 Euro Einkommen, danach sinkt der Steuerbonus. In einigen Bundesstaaten wie Texas, wo die Bürger das System offenbar besser durchschauen, gibt es einen extrem auffälligen Buckel der Einkommensverteilung just bei 12 600 Dollar. „Das Steuersystem beeinflusst die Einkommensverteilung“, betont Chetty. Seine Studie zeigt, dass die gutgemeinte Hilfe für viele zu einer längerfristigen Hürde auf dem Weg zu einem höheren Lebenseinkommen wird. PHILIP PLICKERT